

# Schöne Neue Welt

## Plenum

### Plan A: Herta Däubler-Gmelin

*Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt ([www.snw2048.de](http://www.snw2048.de)). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist.*

*Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.*

I.

Wir leben noch. Und das trotz Pessimismus und resignativer Haltung, die am Ende der 2010er Jahre immer stärker um sich gegriffen haben.

Schon deshalb vertrete ich hier gern Plan A, also das Szenario mit der Auffassung, dass wir unsere Zukunft gestalten können.

Damals ließen sich sehr Viele von den Lasten, Gefahren und Problemen beeindrucken, die wie wir alle noch in Erinnerung haben, und die sich seit langem in Deutschland und Europa, aber auch global aufgestaut hatten. Sie sahen, um nur einige der Probleme zu nennen, die Konflikte und Bürgerkriege, die wachsende Aufrüstung – auch mit deutschen Waffen – und viele weitere Ursachen der zunehmenden Migrationsbewegungen. Sie ließen sich von der Hetze der Rechtsextremisten gegen Flüchtlingen beeindrucken. Und Sie sorgten sich um die Bedrohung, ja Zerstörung der lange für belastbar gehaltenen internationalen Ordnung. Das – und die wachsende Aggressivität vieler der damals Mächtigen – drohte auf einen neuen Krieg, möglicherweise einen letzten Krieg hinauszulaufen, der zum Ende der Menschheit führen könnte.

Das ist so nicht eingetreten: Zwar gab es Kriege leider bis heute immer wieder. Mit schrecklich vielen Toten und grausamen Menschenrechtsverletzungen. Und immer wieder wurden Minderheiten gequält, die wegen ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung oder auch körperlichen oder sonstigen Behinderung zu Sündenböcken einer aufgehetzten Bevölkerungsmehrheit herhalten mussten.

Allerdings fanden sich dann auch immer wieder Menschen mit Vernunft, die nach Ausgleich suchten. Und fanden. Bis heute.

Was schließen wir daraus?

Fortschritt und Gestaltung unseres Lebens und unserer Gesellschaft sind möglich, wenn auch immer mit Rückschlägen und vielen Umwegen verbunden. Und nur dann, wenn wir immer neue Versuche starten, wenn wieder einmal einer gescheitert ist.

Sie werden sich wundern, dass heute eine über 100 – Jährige Aktive zu Ihnen spricht. Ich bin aufgefordert worden, über meine Erfahrungen zu berichten, die mittlerweile eine Zeit von über 70 Jahren umfassen.

Übrigens: Von meinem Geburtsjahrgang lebt – laut dem Bundesamt für Statistik – noch ein erheblicher Anteil, man spricht von über 5 %, und davon mehr als die Hälfte bei altersmäßig bereinigt ganz ordentlicher Gesundheit. Das zeigt, dass Medizin, Technik und die dafür erforderlichen Finanzmittel zu Fortschritten fähig sind und eine Menge Verbesserungen für Leben und Lebensqualität zustande gebracht haben – allerdings im Wesentlichen sind Privilegierte die Nutznießer, zu denen ich mich zählen kann.

Zwar ist in den letzten Jahrzehnten die Lebenserwartung in Mitteleuropa – die Zuwanderung einbezogen – allgemein auch angestiegen und auch der Gesundheitszustand der Älteren. Dennoch ist klar, dass gerade auf diesem Gebiet vieles vom Geldbeutel abhängt. Hier fällt die Ungleichheit stark auf und auch die Tatsache, dass der Fortschritt, hier der medizinisch – technische, wie wir wissen, nicht automatisch allen gleichermaßen zugutekommt.

Das schafft immer neue Unzufriedenheit. Deshalb fordern auch heute viele Bürgerinnen und Bürger von der Politik immer lauter, Ungleichheit endlich wirksamer als bisher zu bekämpfen – mit den dafür notwendigen Finanzmitteln. Das gilt für die Gesundheitsversorgung, aber auch für die soziale Sicherheit.

Aber, das alles ist für Sie nichts Neues: Sie alle kennen ja das Ziel Nr. 10 der SGD (Sustainable Development Goals) und wissen, dass Ungleichheit Gift für jede Gesellschaft ist, die zukunftsfähig sein will. Die wirksame Bekämpfung von Ungleichheit ist Voraussetzung jeder nachhaltigen Gesellschaft. Da sind wir noch längst nicht gut genug, aber wir sind einige Schritte auf dem Weg zur Verwirklichung dieses Ziels vorangekommen, wenn auch noch weit von ihm entfernt. Wir haben uns in den vergangenen 3 Jahrzehnten auf eine Politik konzentrieren müssen, die den sogenannten planetarischen Grenzen sehr viel mehr an Aufmerksamkeit widmet als früher. Sie wissen, wovon ich spreche, weil diese Probleme auch 2018 schon heftig diskutiert wurden: Stopp der Erderwärmung, Umsteuern der Wirtschaft in eine volle Recycling-Wirtschaft und Förderung der Familienplanung durch menschenwürdige wirksame Verbesserung der sozialen Lage, der Rechte und der beruflichen Möglichkeiten der Frauen weltweit.

II.

Wie leben wir heute im Vergleich zu 2018?

Nochmals: Sie erinnern sich an die 2. Hälfte der 2010er Jahre, als der Frust an Politikern und Parteien, an der Politik, ja am System der Demokratie wegen deren Abhängigkeit von Reichen, Mächtigen und – mittlerweile globalen – Marktfaktoren die Gefühle der Menschen und die

Diskussionen in der Öffentlichkeit immer stärker bestimmte. Rechtsextreme Propheten nutzten die Unfähigkeit zu Veränderungen aus und propagierten den gefährlich irrealen Rückzug auf das Nationale, Einfache und Überschaubare – und verbuchten damit Erfolge.

Zukunftsangst griff um sich, weil Probleme und Veränderungen aus Globalisierung und Digitalisierung Jahr für Jahr deutlicher in Erscheinung traten, aber weder offen kommuniziert wurden, noch bei den maßgeblichen politischen Entscheidern zu Folgerungen, also zu Veränderungen führten.

Viele Menschen verstanden nicht mehr, wie in unserer Demokratie Fortschritt möglich, eine lebenswerte Zukunft für alle, oder Zukunft überhaupt gestaltet werden könne. Manche schielten deshalb auch auf autoritäre Systeme und deren vermeintlich effizientere und schnellere Entscheidungsstruktur, freilich, ohne diese Herrschaftssysteme zu kennen oder gar dort leben zu müssen. Hinzu kam die immer deutlicher werdende Erkenntnis, dass Zeit für Veränderungen anders als vielleicht früher, auf vielen Feldern nur noch sehr begrenzt zur Verfügung stand. Ich spreche jetzt wieder von den schon erwähnten planetarischen Grenzen, also von Erderwärmung und Klimawandel, aber auch von der Endlichkeit der vorhandenen Ressourcen bei wachsender Weltbevölkerung.

Kurz, der Druck auf Politiker, Politik und das damalige System der repräsentativen Demokratie nahm ständig zu – trotz hoher Beschäftigung und durchaus vorhandenem Wohlstand – im damaligen Deutschland.

Heute im Jahr 2048 leben wir keineswegs in einer Welt des Heils, aber Zukunftsangst und Frust sind – so sagen uns alle Umfragen – deutlich niedriger als vor 30 Jahren. Vertrauen in die Gestaltbarkeit unseres Lebens und unserer Gesellschaft sind wieder vorhanden – durchaus nicht nur bei Menschen wie mir, die sich schon immer durch eine spezifische Mischung von gesellschaftspolitischer Vision, Analysefähigkeit, kreativer Naivität und neugieriger Lust am Ausprobieren ausgezeichnet haben.

Wir sehen, dass heute immer mehr Menschen Neues ausprobieren, was dann Vorbild für andere sein kann. Es ist außerdem auch gelungen, politische Strukturen zu schaffen, die Veränderungen schneller möglich machen, die das Scheitern nach Veränderungsversuchen korrigierbar und damit erträglich und Neuanfänge nicht nur denkbar machen, sondern dazu ermutigen.

III.

Was hat sich in den vergangenen Jahren nicht verändert? Was konnten wir also erhalten:

Bevor ich auf die inzwischen erreichten Veränderungen und deren Kontexte eingehe, will ich zunächst einen Blick auf die Grundlagen unserer Gesellschaft werfen, die wir erhalten wollten und erhalten konnten: Das ist zunächst unsere Verfassung mit den darin enthaltenen Rechten für jeden einzelnen Menschen und seiner Würde, sowie die Unabhängigkeit der Gerichte. Die Ewigkeitsgarantie für die Garantie der Menschenrechte und die durch die Verfassung gesicherten Grundprinzipien wirkt – darauf wollten und wollen wir nicht verzichten.

Übrigens, wir erinnern uns: Vor 100 Jahren im Herbst 1948 haben sich die vielen Väter und wenigen Mütter des Parlamentarischen Rates auf den Weg gemacht, der dann zu unserer Verfassung geführt hat.

Erhalten, ja ausbauen konnten wir – und das ist mir grundlegend wichtig – außerdem vielfältige und plurale Qualitätsmedien zur Sicherung der Freiheit von Information und Meinungsäußerung für

Jeden von uns. Das war nicht immer leicht, aber wir haben nicht nur die öffentlich-rechtlichen Medien gegen alle Kommerzger funktionsfähig erhalten und mit zusätzlichen Anforderungen an Qualitätsjournalismus verbessert.

Durch die öffentliche Subventionierung von Stiftungsmedien im Printbereich mit online Ausgaben und Qualitätsjournalismus wurden vielmehr Pluralität und Informationsvielfalt auch bei Zeitungen und Zeitschriften, aber auch Büchern – elektronischen und gedruckten – gesichert. Das hat viel Mühe und Überzeugung gekostet, weil der damalige Trend in der Gesellschaft zum scheinbar kostenlosen kommerziellen Infotainment überwunden werden musste, das sich früher unseren Hang zu Bequemlichkeit und entsolidarisierendem Geiz bekanntlich so wirkungsvoll nutzbar machte.

Schließlich mussten wir im Lauf der 20er Jahre auch unsere Haltung zu den „sozialen Medien“ korrigieren, die in den Jahren davor als das Nonplusultra der individuellen Freiheit und der freien Meinungsäußerung für alle angesehen wurden. Diese Einschätzung entpuppte sich jedoch schon 2018 als schöner Traum: Beleidigungen, Mobbing, aber auch Manipulation in vielerlei Varianten waren ebenso wie verdeckter politischer und kommerzieller Einfluss mit der Folge großer Gefahren für die Aushöhlung der Demokratie durch den Missbrauch Machtgieriger und Großunternehmen lange Jahre hindurch schlicht ausgeblendet oder verdrängt worden. So ab 2017 wurden diese Probleme und die Gefahren jedoch erkannt und dann, 2019, durch ein europäisches Gesetz, also eine Rechtsverordnung, wirksam gestoppt. Damals allerdings geschah das unter dem manipulativen Vorzeichen der Terrorismus- und Kinderpornographie – Bekämpfung. Heute würden wir das nicht mehr so begründen. Aber wichtig war, dass die für elektronische Medien und Printmedien geltenden durchaus scharfen presserechtlichen Regelungen auch auf die sozialen Medien und deren Träger ausgeweitet wurden.

Das hatte einschneidende Folgen nicht nur für die Löschung von Mobbing-Beiträgen und Fake News im Internet und in den sozialen Medien. Auch das Recht auf Gegendarstellung und Schadensersatzansprüche von Betroffenen halfen dabei, die strafbaren und die schlicht falschen Behauptungen in sozialen Medien und Internet zurück zu drängen. Manche Verleumder und kommerzielle Fake News Agenten kamen in arge Verlegenheit; politisch und kommerziell motivierte Manipulatoren müssen seit jener Zeit immer neue, immer teurere Wege für ihre Serientrolle und maschinellen Bots oft Likes finden. Das ist nicht ganz leicht – Missbrauch und Manipulation haben heute deshalb viel von ihrer Wirkung verloren.

#### IV.

##### Politik am Scheideweg

Und nun zur Politik, den Entscheidungen, die getroffen wurden und zu ihrem Kontext.

Die Zeit vor 2020 war spannend: 2018 galt der Satz „Denn sie tun nicht, was sie wissen“ für die Politik der demokratisch gewählten Entscheider und Entscheidungsgremien in vielerlei Bereichen. Oder, sie tun es nicht schnell genug, um den ja zeitlich nicht mehr lange hinausschiebbaren planetarischen Grenzen Rechnung zu tragen.

Warum war die Politik so zögerlich? Obwohl ja, wie gesagt, dort auch Viele wussten, was nötig und dringlich war. Man kann heute deutlich ausmachen, dass es der Einfluss der – auf Gewinn orientierten – Großwirtschaft war, der im Interesse der in den Jahrzehnten davor ständig angewachsenen Großvermögen und der marktbeherrschenden Faktoren bremste oder stoppte. Damit wurde es für Parteien und Parlamente immer schwieriger, Veränderungen im Interesse der

Gesamtbevölkerung durchzusetzen. Ungleichheit nahm zu, die Unterversorgung von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Alten erreichte trotz Wohlstandsgesellschaft immer höhere Stufen. Reichtum wuchs, konzentrierte sich aber auf Wenige und Großvermögen, die – aufgrund ihres Einflusses auf Regierungen, Parlamente und Öffentlichkeit – zu den Lasten der Gemeinschaft viel zu wenig herangezogen wurden. Auch die öffentliche Infrastruktur verfiel zunehmend, Erneuerungsbedarf zeigte sich überall und immer dringlicher, die notwendigen Folgerungen wurden jedoch nicht gezogen.

Ein weiteres Hindernis wurde immer deutlicher: Während große Wirtschaftsunternehmen sich in jenen Jahren global organisieren konnten, war das für demokratische Staaten bekanntlich weit schwieriger. Der Vorteil aus der – neoliberal konzipierten – Globalisierung stärkte deshalb diese Wirtschaftsunternehmen weiter zulasten der demokratischen Staaten, ja zulasten der demokratischen Grundprinzipien.

Die Abhängigkeit des damaligen demokratisch- repräsentativen Systems von kommerziellen Interessen und seine Unfähigkeit, die im Interesse der Bevölkerungsmehrheit erforderlichen Reformen durchzusetzen, verstärkte sich durch die Tendenz von Politikern der damaligen Regierungsparteien, ständig die vermeintliche Alternativlosigkeit ihrer Marktkonformität zu propagieren, sprich: im Interesse von Großwirtschaft und Vermögenden getroffenen Entscheidungen zu propagieren. Das hat viele Menschen zusätzlich politikverdrossen gemacht und am demokratischen System zweifeln lassen.

Und die Zivilgesellschaft? Deren Aktivitäten nahmen zu – eindrucksvoll. Sie wuchs zwar und wurde immer aktiver in vielen Ländern: in Deutschland, aber auch in der EU und darüber hinaus. Organisationen wie das globale Soziale Forum, „attac“ und viele andere erhielten immer mehr öffentliche Aufmerksamkeit, wenn sie gegen die Veränderungsunfähigkeit und die neoliberale Marktpolitik anrannten. Allerdings hielt diese öffentliche Aufmerksamkeit meist nicht lange genug an, um politisch wirksam zu werden oder sie konzentrierte sich auf den jeweiligen besonderen Schwerpunkt – Umwelt und Klimawandel, Soziale Sicherheit, Gerechtigkeit.

Insgesamt also machte sich die Zivilgesellschaft durchaus stärker bemerkbar. Da sie aber überwiegend fragmentiert agierte, schaffte sie es kaum, sich zusammen schnell genug oder häufig genug zusammen zu schließen und gemeinsam zu agieren. Sie konnte die von der Wirtschaft abhängige Aushöhlung der Entscheidungsfähigkeit der Parteien und Regierungsmehrheiten im Interesse der Mehrheitsbevölkerung nicht genügend aufhalten oder gar konterkarieren. Aus heutiger Sicht lässt sich jedoch feststellen, dass die Proteste, Forderungen und Vorschläge aus der Zivilgesellschaft doch großen Nutzen hatten. Die Zivilgesellschaft wurde selbstbewusster und lernte mit der Zeit, immer präzisere Forderungen aufzustellen, die sich konkret auch auf Bereiche wie FTAs, Datenschutz, Kohleausstieg und Ende der Verbrennungsmotoren, Verkehrswende, also auf wichtige Fragen der planetarischen Grenzen bezogen. Da sie von den gewählten Regierungen und Parlamenten nicht oder zu wenig aufgenommen wurden, wuchs der allgemeine Frust in der Bevölkerung. Das zeigte sich alsbald in Wahlen: Dort erhielten rechtsextreme Frust- und Protestparteien mit ihrer Kritik an Globalisierung, EU, Migration und Fremden, und der Konzentration ihrer Propaganda auf Einheimische und Nationales immer mehr Zulauf....

Die teilweise extrem schlechte Administrierung der Migrationsfragen diente dann – trotz der millionenfachen ehrenamtlichen Engagements der Zivilgesellschaft – den rechtsextremen Populisten geradezu als Brandbeschleuniger.

V.

Was waren die wesentlichen Änderungsfaktoren bis heute?

Wenn wir heute zurückblicken, sehen wir also viel Unruhe, aber auch viel Neues und Konkretes in der Zivilgesellschaft, also außerhalb des traditionellen Bereichs „der Politik“.

Immer stärker stellte sich die Frage, wie „die Politik“ dazu bewegt werden konnte, Vorschläge aus der Zivilgesellschaft aufzunehmen und zu unterstützen. Das gelang dann auch – in interessanten, auf den ersten Blick jedoch eher harmlos und bürokratisch scheinenden Strukturveränderungen im politischen Bereich, die allerdings erhebliche Auswirkungen hatten. Diese Veränderungen waren nur möglich, weil sich die davor immer wieder erfolgreichen Volksparteien viel zu lange auf ihre Unzerstörbarkeit verließen und dann von Wahl zu Wahl an Unterstützung einbüßten, weil ihre Wählerinnen und Wähler zuhause blieben oder zu rechtsextremistischen Protestparteien abwanderten.

Die Volksparteien wurden schwächer. Dann setzte bei den jüngeren politisch Aktiven auch in Parteien das Nachdenken ein. Viele dieser jungen Leute fingen an, sich um ihre politische Zukunft Sorgen zu machen. Das beförderte deren Forderung an ihre Regierungs- und Parteioberen, sich deutlich mehr als bisher den zuvor meist mit erheblicher Arroganz abgewiesenen Überlegungen aus der Zivilgesellschaft zu öffnen. Angetrieben wurden Viele durch eigene Überzeugung, andere durch den Wunsch, auf diese Weise in Wahlen Unterstützung zu erhalten.

Auf diesem Wege – und durch diesen politischen Druck – wurden Forderungen und Vorschläge aus der Zivilgesellschaft, die dort durch Ausprobieren ganz unterschiedlicher Wege, durch Scheitern und Erfolge in der Praxis ihre Tauglichkeit erwiesen hatten, endlich mehr in die Entscheidungen des Bundestages einbezogen.

Der Widerstand aus Kreisen der bisher übermächtigen wirtschaftlich Mächtigen und Einflussreichen blieb zwar bestehen, war aber wegen des Erfolgszwangs, der auf den politisch Handelnden und den Parteien in der Zeit der bevorstehenden Wahlen lastete, weniger wirksam.

Die folgenden Beispiele zeigen nur eine kleine Auswahl der damaligen Ereignisse, machen jedoch deutlich, wo, wie und warum Veränderungen möglich wurden, die – durchaus mit Weiterentwicklungen – bis in die heutige Zeit wirken.

2018

Noch 2018 – unter dem Einfluss der bevorstehenden EP – Wahlen im Mai 2019, vereinigte sich die EU-Zivilgesellschaft und forderte in EU- weiten riesigen Demonstrationen und Unterschriftensammlungen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, die sog. Angemessenheitserklärungen der EU – Kommission nach Art. 44 ff DSGVO gegenüber Guernsey und Jersey aufzuheben.

Das beschloss das EP in einer seiner letzten Sitzungen im Februar 2019. Ab 2020 wurde somit die Forderung nach Transparenz im Bereich dieses britischen Kanals – Safe Havens umgesetzt. Großbritannien erhielt ein akzeptables Zoll-Abkommen im Rahmen des Brexits erst, nachdem es zugesagt hatte, endlich diese „Steuerparadiese“ auszutrocknen. Das geschah – und brachte ab 2020 nicht nur Deutschland, sondern allen EU- Mitgliedsstaaten erhebliche Steuerzuflüsse, die zum Ausbau der maroden Infrastruktur in den ländlichen Bereichen verwendet werden konnten.

Die – ebenfalls britisch beeinflussten – Steueroasen der „Cayman Islands“ blieben wie auch andere noch eine ganze Weile länger bestehen. Allerdings wurden in den 40er Jahren zahlreiche Steuer-CDs erworben und so wenigstens die „Kavallerie“ in Marsch gesetzt.

2019:

## 1. Beschluss

Im Februar 2019 verpflichtete das Europäische Parlament die EU- Kommission zusätzlich dazu, mit der Schweiz zu verhandeln. Die Forderung war, das Bankgeheimnis nicht nur – wie geschehen – im Hinblick auf USA oder EU- Steuerbürger aufzuheben, sondern gefälligst auch die Konten der griechischen Reeder und der Eliten afrikanischer und anderer Staaten, die Empfänger von ODA oder Subventionen von Geberstaaten oder internationalen Geberorganisationen sind, transparent zu machen. Der Grund für diese Entscheidung war die Erkenntnis, dass die griechischen Reeder keinerlei Beiträge zur Überwindung der Griechenlandkrise geleistet hatten. Die Eliten der afrikanischen Staaten aber waren bekanntlich durch Korruption und mangelhafte Governance in hohem Maße mitverantwortlich für die fehlenden Bildungs- und Lebenschancen ihrer wachsenden und immer jüngeren Bevölkerung und damit auch für den steigenden Migrationsdruck.

Die Umsetzung dieses – Beschlusses des europäischen Parlaments hat dann doch bis 2029 gedauert, dann aber maßgeblich zur Absenkung des Auswanderungsdrucks beigetragen. In den Jahren hatte diese Transparenzforderung auch schon sehr positive Auswirkungen: Sie hat die globale Diskussion über das ausbeuterische Verhalten dieser Eliten und die nötige Rückführung der Korruptionsgelder zur Verbesserung der Lage in den betreffenden Staaten erheblich befeuert.

## 2. Vorbereitung maßgeblicher Beschlüsse durch die internationale Zivilgesellschaft

2019 hat das Sekretariat der UN- Klimakonvention Öffentlichkeit, Regierungen, Umweltschutzorganisationen und die globale Versicherungswirtschaft zu einer Konferenz nach Bonn eingeladen, um die katastrophalen Schäden der Klimaerwärmung im Jahre 2018 und deren Folgen, aber auch die unzureichenden Ergebnisse der deutschen Klima- und Kohlekommission zu erörtern.

Auf dieser in der Öffentlichkeit viel beachteten Konferenz gaben die Versicherungsunternehmen nicht nur die schockierende, alles bisher Bekannte übersteigende Höhe der schrecklichen Unwetterschäden bekannt, sondern – als Folge – auch eine außerordentlich signifikante Erhöhung ihrer Versicherungsprämien für Unternehmen und Privatleute.

Beides erhöhte unter Verstärkung durch die Medien den Druck auf die politischen Entscheider, endlich nationale Konzepte für die Verkehrswende (Mobilität unter Berücksichtigung der Veränderung der Arbeitswelt durch die digitale Durchdringung) bis 2021 vorzulegen und die Umsetzung bis 2025 zu garantieren.

Auch die Forderung nach schnellem Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 wurde beschlossen und zugleich als Ausgleich die Verlegung von Bundesbehörden aus dem Bereich München und Frankfurt in die Braunkohlebereiche im Osten und ins Ruhrgebiet.

Als dritter Punkt wurde entschieden, Verbrennungsmotoren nur noch bis 2035 zuzulassen.

### 3. CDU-Vorsitz Merz und Ende der Ära Merkel

Nach dem vorzeitigen Ende der Ära Merkel, die im Herbst 2018 eingeläutet wurde, brauchte auch die neue CDU - Führung Erfolge, um sich wieder mehr Unterstützung in Wahlen zu sichern. Das versuchte sie vorübergehend auch mit Angeboten zur Besserstellung von Arbeitslosen und Beschäftigten, bevor sie wieder in ihre übliche einseitige Wirtschaftsfreundlichkeit zurückfiel.

Im Anschluss an die bahnbrechende öffentliche Anhörung des Bundesverfassungsgerichts Mitte Januar 2019 zu den seit Jahren bekannten Problemen von Hartz IV hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD deshalb beschließen können, die Hartz-Beschlüsse von 2002 endlich vollständig aufzuheben und vernünftigeren Regelungen, auch zur fairen Gleichstellung von Leiharbeit einzuführen. Auch die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen wurde 2020 abgeschafft. Dieser Vorschlag verunsicherte nicht nur die Wirtschaft in hohem Maße, sondern auch FDP und AfD. Sie alle wurden jedoch durch die Abschaffung des Soli ruhig gestellt. Die SPD stimmte in der Regierung beiden Beschlüssen zu und widmete sich dann beschleunigt der ihrer Antwort auf die längst fällige Frage, warum die SPD im 21. Jahrhundert erforderlich sei. Die Grünen zeigten sich kaum beeindruckt.

Weil die vorgezogenen Neuwahlen des Bundestages im Frühsommer 2020 stattfinden mussten, konnten diese Beschlüsse erst einige Jahre später – und dann nach den Vorgaben des Urteils des BVerfG – umgesetzt werden. Das damals geschaffene neue, deutlich gerechtere System der sozialen Sicherung gilt zusammen mit der Absicherung der im Rahmen der digitalen Arbeit Beschäftigten seit 2027 und wird – auf Empfehlung des neu eingeführten Veränderungs-Anpassungs-Ausschusses des Bundestages laufend angepasst.

Vor seiner Auflösung im Herbst 2019 beschloss der Bundestag dann noch – weil ja baldige Neuwahlen bevorstanden – noch die Forderungen der Zivilgesellschaft zum Klimaschutz. Deren Umsetzung allerdings brauchte – wegen der erforderlichen europäischen/globalen Abstimmung – auch etwas länger (bis 2035/40), bewirkte jedoch, dass wir heute von einer Erderwärmung von nicht mehr als 2 Grad ausgehen können. Die Überflutungskatastrophen, die Dürre und Stürme, die wir seit Jahrzehnten kennen, werden freilich noch lange Jahrhunderte fortauern. Aber, mit unseren technischen Fähigkeiten können wir die entsprechenden Sicherungen bereitstellen und damit leben. Die nötigen Veränderungen sind teuer, aber für uns managebar.

Zurück in die Zeit vor 30 Jahren: Unter dem Druck, nicht noch mehr Wählerinnen und Wähler in die antidemokratische Rechte abwandern zu lassen, beschloss die damalige Bundestagsmehrheit auch die Forderung der Zivilgesellschaft, ab der auf die Wahl 2019 folgenden Wahl zum Bundestag das Wahlrecht zu verändern: Dieses Wahlrecht ist 2023 in Kraft getreten und gilt vielen als beispielhaft:

Die Zahl der Bundestagssitze wurde auf 600 festgeschrieben und die Wahl durch Mehrheits- bzw. Proportionalsystem neu geordnet: In 150 Bundestagswahlkreisen werden seitdem die Direktkandidatinnen/Kandidaten nach dem Mehrheitsprinzip gewählt. Wie schon bisher können nicht allein ParteikandidatInnen, sondern auch VertreterInnen anderer Gruppierungen kandidieren. Die übrigen 450 Sitze werden auf Bundeslisten nach dem Proportionalsystem gewählt, wobei neben Parteien auch zivilgesellschaftliche Gruppen eigene Listen aufstellen können. Voraussetzung ist allerdings: Sie müssen sich bundesweit organisieren und der strikten Kontrolle auf Verfassungsmäßigkeit, demokratische Strukturen und Überwachung der Finanzen der Organisation, sowie auf Parität zwischen Männern und Frauen unterstellen.

Diese Veränderungen des Wahlrechts und des Wahlverfahrens führten zu erstaunlichen Ergebnissen und wurden nicht nur durch viele Bundesländer für ihr eigenes Wahlsystem, sondern auch durch verschiedene EU- Staaten übernommen. BUND, TI, Gewerkschaften,



Arbeitgeberverband, Greenpeace, Sozial- und Verbraucherverbände stellten schon bei der ersten möglichen Wahl eigene Listen auf und besetzten so 40 % der 450 Sitze mit ihren VertreterInnen, die sie zuvor mit den Besonderheiten der Politik vertraut gemacht hatten. In den Wahlkreisen war der Anteil ihrer KandidatInnen und gewählten MandatsträgerInnen geringer.

Im Bundestag wurde die Regierungsbildung erheblich schwieriger und die Beschaffung von Mehrheiten für jeweilige Entscheidungen auch. Insgesamt jedoch gelang das. Dieses Wahlsystem hat sich bis heute bewährt, weil insbesondere der Wechsel der MdB häufiger, deren Binnenorientierung weitaus geringer und die Abhängigkeit der Entscheidungen der Mehrheit des Bundestages von einseitig Gewinnorientierter bzw. Innovationsbremsender Einflussnahme von Geld und Wirtschaft deutlich schwieriger geworden ist.

Nach dem Scheitern des Versuchs, ein System der vollständigen direkten Demokratie mit geringen Quoten einzuführen (s. Zeittafel 2025), weil sich herausstellte, dass der machtpolitische und einseitig kommerzielle Einfluss über die sozialen Medien immer stärker geworden war, wurde das – kombinierte – Wahlrecht wegen seiner Partizipationsoffenheit und Bevölkerungsnähe beibehalten. Verfahren der direkten Demokratie werden bis heute jedoch erheblich differenzierter auf den verschiedenen staatlichen Ebenen praktiziert.

4. Bemerkenswert ist auch, dass in der Legislaturperiode nach 2023 aufgrund der veränderten Zusammensetzung des gewählten Bundestages eine Menge an systemrelevanten Änderungen beschlossen wurde. Ich halte die folgenden für die wichtigsten:

Außerordentlich bedeutsam wurde das Gesetz über die Verbindlichkeit der Recyclingwirtschaft, das die stufenweise und mit Subventionen unterstützte Einführung bis 2035 festlegte. Ab diesem Zeitpunkt durften keine Produkte mehr hergestellt oder eingeführt werden, deren Bestandteile nicht vollständig wiederverwertet werden können. Dieses Gesetz wurde von der EU für alle Mitgliedstaaten übernommen. Es führte zu einem erheblichen zusätzlichen Bedarf an Fachleuten. Auch viele neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Diese verbindliche und zunächst subventionierte Einführung der ausnahmslosen Recyclingwirtschaft hat längst eine ähnliche globale Ausstrahlungskraft erreicht wie die vor Jahrzehnten auch von Deutschland ausgehende Technologie der erneuerbaren Energien.

Auch das Gesetz über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer hat erhebliche Auswirkungen bis heute: Ab 1.1. 2027 wurde eine gestaffelte Vermögenssteuer in Höhe von 1 % bei Vermögen ab 5 Mio. Euro, 2 % ab 6 Mio. Euro, ab 10 Mio. Euro in Höhe von 5 % jährlich eingeführt. Sie können sich vorstellen, wie groß der Widerstand der Wirtschaft war. Gerade die Großvermögen tobten und drohten mit Schließung von Unternehmen und der Abwanderung ins Ausland. Letztendlich kam es dazu nicht, weil sie doch eingesehen hatten, dass eine funktionierende Infrastruktur und der Zusammenhalt der Gesellschaft auch ihnen Vorteile verschafften. Einige allerdings versuchten und versuchen bis heute verschiedenste Ausweichmanöver, die jedoch durch die neuen Transparenzbestimmungen immer wieder durchkreuzt werden können. Als Alternative zu der Steuer hat der Gesetzgeber die Abführungsmöglichkeit in gleicher Höhe in einen Fonds beschlossen, der – nach dem Vorbild der Rundfunk- und Fernsehrente – durch Vertreter des neuen Veränderungsausschusses des Bundestages, sowie durch die gewählten VertreterInnen von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden gemanagt wird und die Aufgabe hat, Mittel zur Vermeidung von Altersarmut zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Gesetz fließen der Gesellschaft erhebliche Summen zur Finanzierung der veränderten Demografie zu; das schuf die Möglichkeit, durch entsprechende Gesetze die Flexibilisierung des Alterseintritts zu finanzieren.

Schließlich hat der Bundestag in jenen Jahren nach langen Diskussionen ein weiteres wichtiges Gesetz beschlossen, das globale Aufmerksamkeit erhielt und dann auch erhebliche Nachahmung: Das Gesetz legt die Wahl und Bestätigung (Wiederholungswahl nach Ablauf von 4 Jahren) der Vorstände „systemrelevanter“ Banken und Unternehmen durch die Mehrheit des Bundestages fest. Das Vorschlagsrecht für diese Positionen steht wie zuvor den Eigentümern, bzw. den Aufsichtsräten bzw. entsprechenden Gremien zu. Damit verstärkte der demokratisch legitimierte politische Bereich, sozusagen als Gegenmittel zu der Garantie der Existenz solcher Unternehmen durch Steuermittel, die Öffnung dieser systemrelevanten Unternehmen für Interessen und Bedarfe der normalen Bevölkerung, insbesondere in den Bereichen Soziales, Umwelt, Arbeitsplatzsicherung und Bildung.

Liebe Anwesende,

Wenn ich heute zurückblicke, sehe ich meine Ausgangsposition bestärkt: Fortschritt und Gestaltbarkeit sind mühsam, aber möglich. Natürlich war meine Haltung immer auch ein wenig vom Lutherschen Satz vom Apfelbäumchen bestimmt, den er ja bekanntlich trotzig einem möglichen Weltuntergang entgegen schleuderte.

Viel stärker hat mich indes meine Verantwortung für die Kinder, Enkel und Urenkel verpflichtet. Wir alle haben die Aufgabe, ihnen eine Gesellschaft zu übergeben, in der sie leben können und wollen. Diese Verantwortung verpflichtet uns, immer wieder neu anzufangen – auch dann oder gerade auch dann, wenn ein Weg dauerhaft blockiert erscheint oder ein Versuch krachend gescheitert ist.

Und es ist die Erkenntnis, dass Resignation uns meist zu früh zum Nichtstun verführt. Und bisweilen durch Bequemlichkeit befördert wird. Auf jeden Fall lähmt sie und ver- oder behindert Kreativität. Resignation lässt uns Möglichkeiten für Fortschritt und Gestaltung nicht sehen. Die aber gibt es. Quod erat demonstrandum.